

perspektiven 7/8

Rundbrief der LOBBI / Sommer 2010

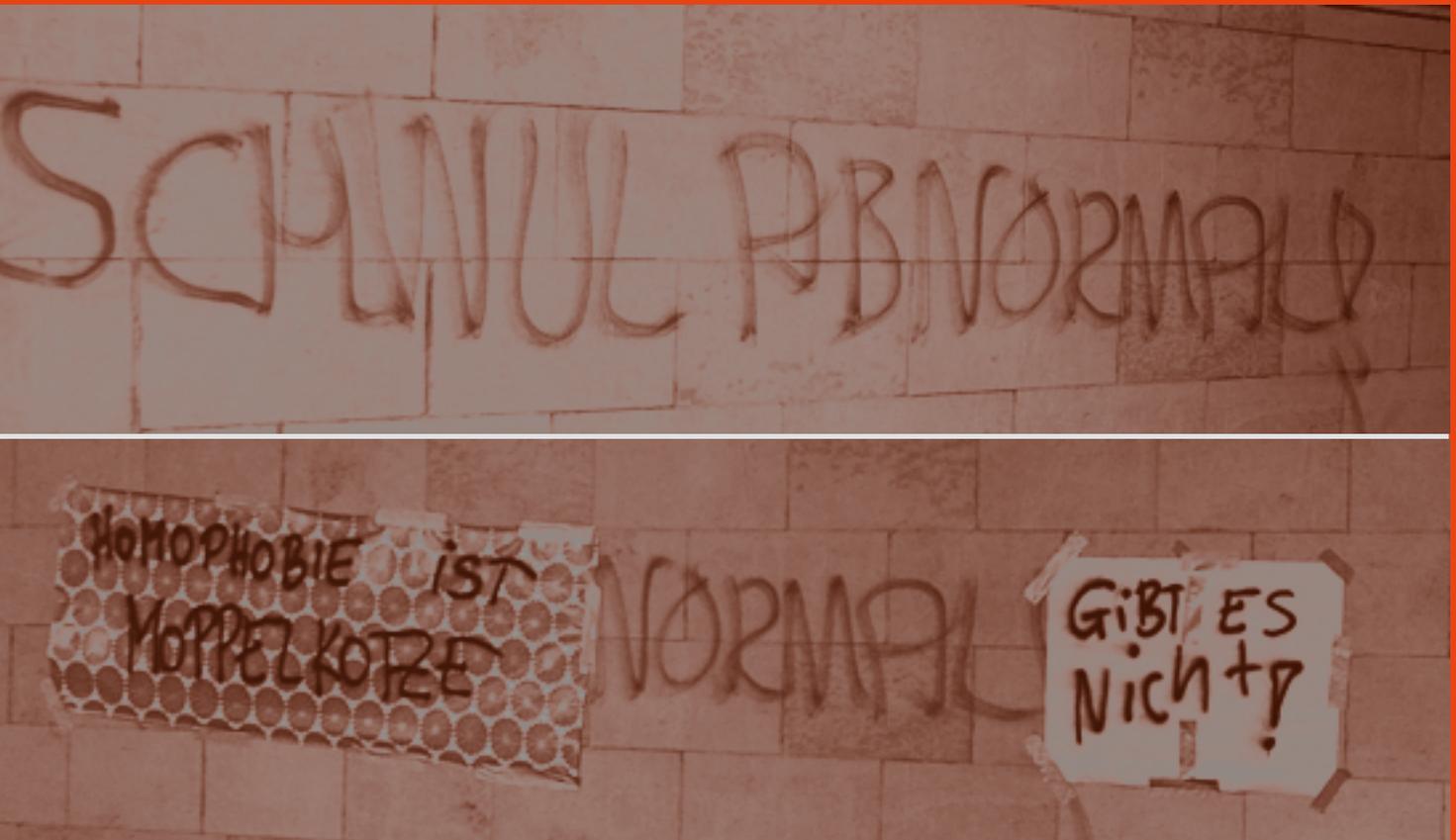
Keine homophobe Gewalt?

Angriffe auf Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung kommen in M-V nicht vor – sagen zumindest die Statistiken aus. Zweifel daran sind angebracht. [Seite 4](#)

Mit System gegen das System

Attacken auf Parteibüros prägten das erste Halbjahr 2010. Dabei stellt sich nicht nur die Frage nach den Hintergründen, sondern auch nach den Reaktionsmöglichkeiten. [Seiten 10 bis 14](#)

weitere Themen: Treibjagd statt Opferschutz: Die Neonazis und die „Kinderschänder“ / Geistige und andere Brandstiftungen in Stralsund / Prozesse nach Angriffen in Friedland, Pölchow und Neustrelitz / [und mehr](#)



LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserin,
lieber Leser,

sichtlich stolz trug ein Neonazi auf dem Rostocker NPD-Aufmarsch am 01. Mai 2010 ein blaues T-Shirt mit der Aufschrift „Endstation Pölchow“. Er illustrierte damit, dass der Gewaltexzess an dem kleinen Bahnhof vor drei Jahren, auch und gerade nach der Urteilsverkündung (siehe Seite 3), geradezu Kultstatus in der rechten Szene genießt. Zu jedem Verhandlungstag erschienen Neonazis, um mit Hohn, Spott und Rempeleien den Prozess zu verfolgen und zu stören. Unter ihnen nicht nur das Who is Who der hiesigen NPD und Kameradschaften, auch der NPD-Bundespräsidentenwahlkandidat Frank Renicke erschien in Rostock.

„Auf allen Ebenen einen klaren Sieg davon getragen“ – freute sich schon nach dem damaligen Angriff die KAMERADSCHAFT MALCHIN. An dieser Einschätzung wird sich nach den Ermittlungen und der Verhandlung wenig geändert haben.

Für die LOBBI war die mehrjährige Begleitung und Unterstützung der Angegriffenen sehr arbeitsintensiv und das Ende umso unbefriedigender. Wir sind dennoch beeindruckt von der Kraft der Betroffenen und ZeugInnen, die sich nach der langen Zeit den belastenden Befragungen im Gerichtssaal gestellt haben und damit die Verurteilung von wenigstens zwei Tätern ermöglichten. Nicht weniger Respekt verdient die Arbeit der Opferanwältinnen und vor allem der PROZESSGRUPPE PÖLCHOW und aller anderen, die die Betroffenen des Angriffs durch ihr Engagement und ihre solidarische Anwesenheit unterstützt haben.

Impressum:
PERSPEKTIVEN / August 2010
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18
mail@lobbi-mv.de / V.i.s.d.P.: Kay Bolick
Titelfoto: Umgestaltete rechte Parolen am
Rande des CSD in Rostock Juli 2008

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den
Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per
Mail erhalten wollen.

Verhandlung erst nach Beschwerde

Das Rostocker Amtsgericht verurteilte am 22. März 2010 ein Mitglied der rechten Szene wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe. Der Verurteilte hatte am 06. Dezember 2008 in Friedland im Landkreis Mecklenburg-Strelitz einen Konzertbesucher angegriffen. An diesem Abend fand in einer Musikgaststätte eine Live-Veranstaltung statt – unter den Gästen auch alternative Jugendliche und Punks. Offenbar aus diesem Grund versammelten sich Dutzende Personen u.a. aus der rechten Szene im Umfeld der Gaststätte. Dabei fielen Sprüche wie „Friedland bleibt braun!“ und „Scheiß Zecken, wir zeigen Euch, wer in Friedland das Sagen hat.“ Konzertbesucher, die den Veranstaltungsort verlassen wollten, wurden beschimpft und mit Flaschen beworfen. Im Verlauf kam es zu Diskussionen und zu weiteren tätlichen Angriffen durch die Rechten, bei denen mindestens zwei Menschen verletzt wurden.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte einen Konzertgast mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihm dabei die Nase gebrochen hat. Der Angreifer kannte sein Opfer als Neonazi-Gegner und Mitglied der Satiregruppe FRONT DEUTSCHER ÄPFEL. Die Richterin verurteilte den zur Tatzeit 20-Jährigen nach Erwachsenenstrafrecht zu einer Geldstrafe in Höhe von 40 Tagesätzen á 15 Euro. Damit widersprach das Gericht den Anträgen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Diese plädierten lediglich für eine Wiedergutmachung in Höhe von 100 Euro. Der Verteidiger des Angeklagten, NPD-Landtagsabgeordneter Michael Andrejewski, sah zudem keinen politischen Hintergrund für den Angriff seines Mandanten.

Trotz des Urteils blicken die Betroffenen unzufrieden auf das Verfahren zurück. Die Ermittlungen zu den weiteren Körperverletzungen des Abends sind offenbar erfolglos verlaufen. Auch das Gerichtsverfahren fand erst nach einer Beschwerde des Verletzten bei der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg statt. Diese hatte ihm im Juni 2009 mitgeteilt, dass sie von einer Klage absehen wolle, da die Strafverfolgung nicht im öffentlichen Interesse wäre. ■

(Vorläufiges) Urteil nach 28 Monaten

Das Amtsgericht Neustrelitz hat am 21. Januar 2010 vier Männer aus der örtlichen rechten Szene wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Drei Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von acht Monaten bzw. einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sich die Verurteilten an einem Angriff am 07. September 2007 beteiligt hatten. Damals befand sich eine etwa zehnköpfige Gruppe von meist Jugendlichen auf dem Weg zu einem Konzert im Neustrelitzer Gymnasium. Dabei wurden sie, offenbar aufgrund ihres Outfits, aus einem Auto heraus als „Zecken“ beschimpft und mit einer Flasche beworfen. Die Rechten lauerten der Gruppe wenig später auf, umstellten sie und griffen mehrere Personen an. Vier Menschen trugen Verletzungen davon. Durch Schläge und Tritte erlitt ein Neubrandenburger, der später als Nebenkläger am Prozess teilnahm, schwere Kieferverletzungen, die einen zehntägigen Krankenhausaufenthalt erforderten und immer noch behandelt werden müssen. Rechtsanwalt Jost von Glasenapp kritisierte als Vertreter der Nebenklage schon in seinem Plädoyer die „lockere Stimmung“ während der Verhandlung und die Anwendung von Jugendstrafrecht bei drei der Angeklagten. Die Forderung der Staatsanwaltschaft sei unververtretbar und wäre eine Bagatellisierung des brutalen Überfalls. Die Beschuldigten seien gefestigte Rechtsradikale, denen die Folgen ihrer Tat völlig egal waren. Tritte und Schläge hätten auch zu noch schwereren Verletzungen führen können. Der Opferanwalt geht davon aus, dass die Angeklagten die Bewährungsstrafen nicht ernst nehmen werden. Die LOBBI kritisierte zudem die lange Verfahrensdauer zwischen Tat und Urteil. Und es ist noch nicht zu Ende: im September beginnt die Berufungsverhandlung – drei Jahre nach dem Angriff. ■

Déjà-vu im Gerichtsgebäude

Auf dem Weg zu einem Aufmarsch griffen Neonazis im Juni 2007 in einem Zug Mitreisende an. Der „Fall Pölchow“ endete im März 2010 wie er begonnen hatte – mit Gewalt. Zur Urteilverkündung erschien ein aggressiver rechter Mob.

Am 30. Juni 2007 kam es in einer Regionalbahn im Landkreis Bad Doberan zu einem rechts motivierten Gewaltausbruch, der auch überregional für Entsetzen sorgte. Über 100 Neonazis, darunter Mitglieder und Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion, reisten in dem Zug zu einem Aufmarsch in Rostock an. Ebenfalls in der Bahn hielten sich etwa 50 Menschen auf, die sich auf dem Rückweg von einem Festival befanden oder sich an den Protesten gegen die rechte Demonstration beteiligen wollten. Am Bahnhof Pölchow gab es zunächst einen Wortwechsel mit einigen Neonazis. Wenig später griff eine große Gruppe rechter Schläger das Abteil und die Mitreisenden an. Scheiben wurden eingeschlagen, Menschen verprügelt, Haarbüschel herausgerissen, einzelne aus dem Zug gezerrt und die Böschung heruntergeworfen. Etliche Neonazis beteiligten sich minutenlang an den Angriffen, andere filmten das Geschehen. Der Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion Michael Grewe spielte dabei eine zentrale Rolle, gab Anweisungen und schlug selbst zu.

Die folgenden Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft waren aus Sicht der Angegriffenen eine Farce. Die angekündigte „zügige Aufklärung“ dauerte über zweieinhalb Jahre und richtete sich zunächst vor allem gegen die Betroffenen des Angriffs. So sahen sich zwölf der Angegriffenen mit Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs konfrontiert, die erst nach einem Jahr aus Mangel an Beweisen eingestellt wurden. Die Ermittlungen gegen die eigentlichen Täter kamen dagegen nur schleppend in Gang. Dies lag an der mangelnden Beweissicherung am Tatort. So hatten die Polizeibeamten zwar sämtliche Betroffene gefilmt, die sie antrafen. Von den Neonazis konnten sie hingegen nur wenige Fotografien vorweisen. Zudem wurden die Videoaufnahmen der Rechten nicht sichergestellt. Die Staatsschutzabteilung der Rostocker Polizei setzte sich später auch noch dem Spott der bundesweiten Presse aus, als sie den hinreichend bekannten Grewe per Internetfahndung als „unbekannten Randalierer“ suchte. Am Ende der Ermittlungen wurden lediglich drei Tatverdächtige angeklagt.

Das Verfahren vor dem Rostocker Landgericht begann dann im Januar 2010 und endete im März. Wie schon während der Beweisaufnahme, nahmen die Angeklagten auch das Urteil mit einem breiten Grinsen zur Kenntnis. Eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten, sowie die Ableistung von Arbeitsstunden – so lautete das Strafmaß gegen Grewe wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit mehrfacher Körperverletzung. Ein weiterer Angeklagter erhielt eine einjährige Bewährungsstrafe. Der dritte Angeklagte wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Von weiteren Überfällen auf politisch Andersdenkende werden sich Neonazis durch „diese Entscheidung des Gerichts wohl kaum abschrecken“ lassen, schätzte eine Nebenklagevertreterin ein. Wie recht sie damit hat, zeigten die Geschehnisse am Tag der Urteilsverkündung. Mitten im Gerichtsgebäude wurden, einem Bericht der TAZ zufolge, ProzessbeobachterInnen angegriffen und verletzt, sowie ein Feuerlöscher als Wurfgeschoss genutzt. Wieder war eine große, extrem aggressive Gruppe von Neonazis dafür verantwortlich. Wieder waren prominente NPD-Funktionäre unter ihnen. Wieder filmten die Neonazis ihren Angriff. Und wiederum gelang es der erst später erscheinenden Polizei nicht, das Video sicher zu stellen. Gegen zwei Personen aus der etwa 30-köpfigen Gruppe ermittelt sie jetzt wegen gefährlicher Körperverletzung. ■

Ausführliche Berichte über die Verhandlung sind im Internet u.a. bei der „Prozessgruppe Pölchow“ zu finden.

Schwerin / 16. Dezember 2009

Ein Junge mit Behinderung wird von drei anderen Jugendlichen beschimpft und bedrängt. Ein Passant greift ein und wird daraufhin ebenfalls beschimpft. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung kommt es auch zu körperlichen Attacken auf den Passanten, der dabei im Gesicht verletzt wird.

Schwerin / 17. Dezember 2009

Ein 21jähriger Aussiedler wird beim Verlassen eines Lokals von vier Männern verfolgt, die ihn auf dem Parkplatz rassistisch beschimpfen. Anschließend wird er von ihnen geschlagen und getreten.

Löcknitz / 25. Dezember 2009

Bei zwei Fahrzeugen mit polnischen Kennzeichen werden von Unbekannten sämtliche Reifen zerstochen, sowie Scheiben und Teile der Karosserie beschädigt. Die Polizei hat den Staatsschutz eingeschaltet. Fahrzeuge mit deutschen Kennzeichen, die in unmittelbarer Nähe der beschädigten polnischen Autos standen, waren unversehrt.

Löcknitz / 29. Dezember 2009

Auf dem Gelände eines Schrotthandels versuchen Mitglieder der rechten Szene eine zuvor verbotene Veranstaltung durchzuführen. Die eintreffenden PolizeibeamtInnen werden mit Steinen und Flaschen angegriffen.

Boizenburg / 30. Dezember 2009

Am Auto eines Paares, das sich gegen Rechts engagiert, werden alle vier Reifen zerstochen. Das gleiche geschieht mit dem Auto der Mutter des jungen Mannes. Außerdem wird der Briefkasten der Familie zerstört. Die Betroffenen gehen von einem zielgerichteten Vorgehen der vor Ort massiv auftretenden rechten Szene aus.

Keine homophobe Gewalt in M-V?

Altentreptow / 01. Januar 2010

In den Nachmittagsstunden wird ein jugendlicher Punk vor seiner Garage von einem Rechten, der mit Gleichgesinnten in der Nähe feiert, angepöbelt. Nach einem kurzen Wortwechsel zieht der Mann ihn an den Haaren und beschimpft ihn als „Punkerschwein“. Dann geht er auf die 14-jährige Cousine des Punks los. Als dieser sie beschützen will, wird er von dem Angreifer mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Greifswald / 01. Januar 2010

In der Silvesternacht legen Unbekannte eine tote Katze vor die Tür des internationalen Kultur- und Wohnprojekts Ikuwo. Der Katze ist ein linker Aufkleber an den Kopf genagelt worden. BewohnerInnen gehen aufgrund vorheriger Vorkommnisse von einem rechten Hintergrund aus.

Güstrow / 29. Januar 2010

In der Nacht beschmierern Unbekannte die Kreisgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE mit rechten Parolen.

Ludwigslust / 06. Februar 2010

Auf dem örtlichen Bahnhof wird ein 43-jähriger Afrikaner von einem 39 Jahre alten Mann angegriffen und auf die Gleise gestoßen. Dabei erleidet der Asylbewerber Verletzungen am Bein. Der Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung und rassistischer Beleidigung.

LK Ludwigslust / 06./07. Februar 2010

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen werden bei einer politisch engagierten Familie die Wohnungsscheiben eingeworfen. Der Mann wurde in der Vergangenheit mehrfach von Rechten angefeindet und bedroht, weil er Neonaziaufkleber in der Kleinstadt entfernte.

In der Nacht zum 08. Juni bewerfen bislang Unbekannte ein Wohnhaus in einem kleinen Dorf im Landkreis Parchim mit Farbflaschen und –beuteln. Der durchdringende Gestank lässt darauf schließen, dass auch Buttersäure eingesetzt wurde. Die beiden Bewohner des Hauses halten es für möglich, dass homophobe Motive hinter dem Anschlag stecken. Im selben Landkreis soll ein Homosexueller von Unbekannten zusammengeschlagen worden sein. Trifft dies zu, wären diese Angriffe zwei der wenigen bekannt gewordenen gewalttätigen Diskriminierungen in Mecklenburg-Vorpommern, die aufgrund der sexuellen Identität der Betroffenen verübt wurden.

Überlegene Norm

Als homophobe Gewalt werden Angriffe bezeichnet, die sich gegen (vermeintliche) Lesben, Schwule, Bisexuelle oder gegen Menschen richten, die ganz von zugeschriebenen sozialen Geschlechterrollen abweichen. Der Begriff Homophobie stellt im Wortsinn eher auf individuelle Emotionen wie Angst, Unsicherheit und Abscheu ab. Zutreffender wird mit dem Begriff Heterosexismus ein gesellschaftliches Denk- und Verhaltenssystem bezeichnet, das unreflektiert und allgegenwärtig Heterosexualität als Norm und überlegen betrachtet und damit Diskriminierungen rechtfertigt.

Heterosexismus im O-Ton liefert beispielsweise der NPD-Vorsitzende Udo Voigt: „Es ist nicht normal, und muss eigentlich in dem Volksbewusstsein drinnen sein, dass es leider abnormale Menschen sind“. Mit der „propagierten offenen Geschlechtsidentität“ wird nach Ansicht der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag „der Pädophilie Vorschub geleistet“. Vermutlich Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN ROSTOCK schmierten 2008 Parolen an die Wegstrecke des Umzuges zum Christopher-Street-Day (CSD), wie etwa „Ihr - die Perversion der Gesellschaft“ oder „Schwul - abnormal“. Im Jahr 2009 beschränkte sich die Organisation auf ihrer Internetseite Homosexuelle als „Päderasten“ zu verunglimpfen und Gewaltwünsche zu äußern: „Mal sehen, vielleicht gibt es heute ja auch den einen oder anderen „Kuss“ der ganz besonderen Art“.

Heterosexismus ist aber mitnichten nur in der rechten Szene zu finden. Studien fanden als homophob eingestufte Einstellungen bei bis zu einem Drittel der Befragten. In Teilen der HipHop- oder Reggae-Szene gehören schwulenfeindliche Sprüche zum guten Ton, ebenso wie auf dem Schulhof oder beim Fußball. Das Greifswalder Studentenmagazin MORITZ TV befragte im Jahr 2007 PassantInnen nach ihrer Haltung zu Homosexualität. Auch hier fielen bei einem Teil der Befragten Schlagwörter wie „unnormale“, „Krankheit“ und „Verbot“. Wüsten Beschimpfungen und Drohungen im Internet sahen sich auch die OrganisatorInnen des diesjährigen Schweriner CSD ausgesetzt.

Gute Nachrichten oder unsichere Datenlage

Ob und in welcher Form sich diese Einstellungen auch in Gewalttaten manifestieren, ist nicht so einfach zu beantworten. Im Dezember 2008 diskutierten in Schwerin Vereine, Justizministerium und Interessierte über homophobe Gewalt. Auf der Veranstaltung wurde schnell klar: konkrete Fälle sind kaum bekannt. Auch die LOBBI dokumentierte in den letzten Jahren keine Angriffe auf Schwule, Lesben, Bisexuelle oder Transgender in Mecklenburg-Vorpommern. Ganze 42 Gewaltdelikte sollen von 2001 bis 2008 aus homophoben Motiven verübt worden sein – bundesweit! Diese Zahl gab die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage von der GRÜNEN an. In Mecklenburg-Vorpommern stellte die Landesregierung von 2006 bis 2009 überhaupt keine derartigen Gewalttaten fest. Das wären gute Nachrichten. Ob es sich dabei aber um ein realistisches Abbild der Situation im Land handelt, muss bezweifelt werden. Das Berliner schwule Anti-Gewaltprojekt MANEO kam nach einer nicht repräsentativen

Onlineumfrage zu anderen Einschätzungen. Von fast 24000 teilnehmenden homosexuellen Männern hat jeder Dritte innerhalb eines Jahres Gewalterfahrungen gemacht. Auch aus Mecklenburg-Vorpommern kamen Antworten. Von den 248 Teilnehmern aus dem Bundesland gaben etwa 18 % an, schon körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein. Die Diskrepanzen zu offiziellen Statistiken sind offensichtlich.

Dabei sind zumindest die Grundlagen für eine bessere Erfassung homophober Gewalt gelegt. Seit 2001 sollen auch Angriffe als politisch motivierte Gewalt gezählt werden, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung der Täter darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund deren sexuellen Orientierung richtet.

Homophobe Angriffe sind also ein Fall für den Staatsschutz und müssen gesondert erfasst werden. Laut Landesregierung führt die Polizei jährlich Lehrgänge durch, um StaatsschutzmitarbeiterInnen zu befähigen, derartige Straftaten fachlich zu bewerten. Ob diese Regelung polizeiintern aber bei jedem Beamten und jeder Beamtin angekommen ist, wäre zu überprüfen. Der VEREIN LESBISCHER UND SCHWULER POLIZEIBEDIENTESTER (Velspol) fordert deshalb die Einrichtung von speziellen AnsprechpartnerInnen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei im Land.

„Immer 150 Prozent“

Ein nicht unwesentliches Erfassungsproblem ist aber auch, dass nur etwa 11 Prozent der in der MANEO-Studie angegebenen Gewalttaten überhaupt angezeigt wurden. Eine Schwierigkeit liegt im schlechten Image der Polizei unter Homosexuellen – rund ein Drittel der Befragten aus der Maneo-Studie gab an, eine Bagatellisierung zu befürchten. Etliche Betroffene zeigen zudem Straftaten nicht an, weil sie nicht als Schwule, Lesben oder Transgender erfasst werden möchten.

Die Angabe einer homophoben Tatmotivation bei der Polizei beinhaltet außerdem die Gefahr weiterer Viktimisierungen. Sich vor einem Beamten oder einer Beamtin und später auch vor Gericht als homosexuell zu outen, ist für viele immer noch problembehaftet. Nobert Reinisch vom CSD Schwerin bezeichnet dies als Versteckspiel, um negative Reaktionen in Familie, Freundeskreis oder im Beruf zu vermeiden – „auch und gerade in einer relativ überschaubaren Stadt wie Schwerin oder gar auf dem Lande“. Die Betroffenen des Farb- und Säureanschlags vom Juni im Landkreis Parchim betreiben dieses Versteckspiel nicht. Doch der Druck bleibt. „Als Schwuler musst du immer 150 Prozent geben, um Anerkennung zu finden“, schätzt einer der Männer ein. Diskriminierungen hat er in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfahren, auch Opfer von Gewalt ist er geworden. Das Paar hoffte, den Ruhestand unbehelligter in der mecklenburgischen Provinz zu verbringen.

Nach dem Angriff wählten sie einen aktiven Weg: sie erstatteten Anzeige und informierten die Presse. Mit dem Verhalten der Polizei zeigten sich die beiden Männer zufrieden. Dennoch belastet sie der Vorfall stark. Zum Ärger über die mehreren Hundert Euro Sachschaden an Fassade, Fenstern und Bepflanzung kommt die Furcht vor erneuten Attacken. Von ihrem ersten Gedanken, ihr mühsam ausgebautes Eigenheim aufzugeben und wegzuziehen, haben sie sich aber verabschiedet. Sicher hat hier auch eine Rolle gespielt, dass sie nicht nur Anfeindungen ausgesetzt waren, sondern auch Solidarisierung erfuhren. Auf der Straße oder per Telefon drückten DorfbewohnerInnen ihre Ablehnung des Angriffs aus.

An diesen unterstützenden Reaktionen sollte sich in anderen Fällen homophober Gewalt ein Beispiel genommen werden. Dessen ungeachtet muss der offizielle Umgang mit diesen Angriffen weiter kritisch hinterfragt werden. Kritisch hinterfragen müssen sich im Übrigen aber auch die LOBBI und andere Beratungseinrichtungen. Denn auch hier scheinen Hürden für Betroffene homophober Diskriminierung zu bestehen, die Angebote dieser Projekte in Anspruch zu nehmen. ■

Güstrow / 10. Februar 2010

Die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE wird erneut mit Nazi-Symbolen beschmiert.

Greifswald / 11. Februar 2010

In der Nacht werden drei großen Hakenkreuze an die Fassade des Internationalen Kultur- und Wohnprojekts (IKuWo) gesprüht.

LK Ludwigslust / 18. Februar 2010

Das Auto einer Familie, der bereits zweimal Wohnungsscheiben eingeworfen wurden, wird attackiert. Unbekannte zerstören mit Steinen die Frontscheibe.

Boizenburg / 19. Februar 2010

Unbekannte werfen mehrere Scheiben des Bürgerbüros von Landwirtschaftsminister Backhaus (SPD) mit Pflastersteinen ein. Es entsteht ein Sachschaden von 1000 Euro.

Boizenburg / 24. Februar 2010

An die Hauswand des Wahlkreisbüros von Landwirtschaftsminister Backhaus sprühen Unbekannte die rechte Parole „Nationaler Sozialismus – Jetzt“.

Rostock / 25. Februar 2010

In der Nacht zum 25. Februar werfen Unbekannte die Scheiben der Kanzlei des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Kleiminger ein und hinterlassen Zettel mit dem Aufdruck „Antifa entgegenreten“ – gezeichnet mit dem Kürzel „NSR“ (NATIONALE SOZIALISTEN ROSTOCK). Es entsteht ein Sachschaden von 2000 Euro. Die gleichen Schnipsel werden auch vor einem alternativen Jugendtreff gefunden.

Geistige und andere Brandstiftungen

LK Güstrow / 05. März 2010

Ein nichtrechter Jugendlicher wird im Umfeld eines Gymnasiums von mehreren, teilweise verummten Rechten als „Zecke“ beschimpft. Anschließend schlagen und treten sie ihn und besprühen ihn mit Reizgas.

Grebs / 06. März 2010

Vor einer Diskothek werden ein 17 und ein 23-jähriger Lehrling aus Frankreich von zwei Männern geschlagen und getreten. Einer der Betroffenen erleidet dabei eine Handverletzung. Ein rassistischer Hintergrund wird von der Polizei geprüft und der Staatsschutz übernimmt schließlich die Ermittlungen.

Schwerin / 10. März 2010

Auf dem Bahnhofsvorplatz werden zwei junge Männer von zwei Personen angegriffen. Einer der Angreifer zeigt dabei den sogenannten „Hitlergruß“ und präsentiert den Angegriffenen seine Hakenkreuztätowierung. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung und wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf.

Rostock / 16. März 2010

Vor der Urteilsverkündung im „Pölschowprozess“ greift eine größere Gruppe Rechter im Rostocker Landgericht ProzessbesucherInnen an und verletzt mehrere von ihnen.

LK Ludwigslust / 01. April 2010

Wie schon mehrmals im Februar ist eine Familie das Ziel einer Sachbeschädigung. Unbekannte zünden diesmal deren Auto an. Der PKW wird so stark beschädigt, dass er als Totalschaden deklariert werden muss. Für die Betroffenen besteht kein Zweifel daran, dass die Täter in der örtlichen rechten Szene zu finden sind.

Die rechte Szene des Landes gibt seit der Fusion von NPD und „freien Nationalisten“ unter dem Dach der Partei ein recht geschlossenes Bild ab. In Stralsund hingegen pflegen die verschiedenen Gruppierungen ihre alten und neuen Animositäten. Aktiv sind die Neonazis der Hansestadt trotzdem – insbesondere eine Kameradschaft mit dem Namen HATECREW.

Politischer Hintergrund nicht erkennbar

Hakenkreuze und rechte Parolen „zieren“ die Wände eines Garagenkomplexes am Rande eines Stralsunder Neubauviertels. Einige sind übermalt oder durch Anti-Nazi-Sprüche ergänzt worden. Diesen Widerspruch gegen ihre Propaganda konnten die rechten Schmierer wohl nicht ertragen. Zur Verantwortung gezogen wurde ein junger Garagenbesitzer, der ganz offensichtlich keine Sympathien für die rechte Szene pflegt und dies auch deutlich zeigt. In der Nacht zum Pfingstsonntag brachen bislang Unbekannte einen Teil seiner Garagentür auf und setzten den Innenraum in Brand. Die Feuerwehr konnte schnell löschen – das Inventar ist jedoch vernichtet, die Wände verrußt und die Stromversorgung im ganzen Komplex ausgefallen. Der Betroffene geht von einem rechten Motiv aus. Den Raum hat er erst seit einigen Monaten angemietet. Dennoch wurde schon mehrmals ausgerechnet seine Garage aufgebrochen - einmal wurden dabei stapelweise NPD-Aufkleber hinterlassen. In der gleichen Nacht wurde zum wiederholten Male der Briefkasten eines Mitglieds der Linkspartei vermutlich mit Sylvesterböllern beschädigt. Genau eine Woche später trifft es dann auch den Briefkasten des Bürgerbüros der Linkspartei. Auch hier sind die Verursacher unbekannt. Vorerst sei ein politischer Hintergrund nicht erkennbar, teilt die Polizei mit. Stralsunder Jugendliche hingegen machen die rechte Szene dafür verantwortlich.

Vom „Freundeskreis“ zur „Hass-Gruppe“

Zur Beschädigung am Büro der Partei DIE LINKE merkte die Stralsunder Neonazi-Kameradschaft HATECREW auf ihrer Internetseite an: „Der Briefkasten war von bislang unbekanntem Personen gesprengt worden. Vermutlich mit polnischen Böllern. Upps, haben wir da jetzt etwas ausgeplaudert, das wir eigentlich gar nicht wissen dürften?“ Diese Berichterstattung, die auch als Bekenner schreiben interpretiert werden könnte, hat bei der HATECREW scheinbar Methode. Das Abbrennen eines Ehrenkranzes am Thälmann-Denkmal im April 2010, sowie der Diebstahl und das anschließende Versenken einer Gedenktafel für die Stralsunder Synagoge im Oktober 2009 wurde in ähnlicher Weise kommentiert und mit Bildern der Aktionen unterlegt. Bei der Kameradschaft handelt es sich um die Nachfolgeorganisation des FREUNDESKREIS AVANTI, der wegen einer antisemitischen CD zur Anne-Frank-Ausstellung in Grimmen im Jahr 2007 in die Schlagzeilen und einzelne Mitglieder vor Gericht gerieten. Bei der Namensänderung ging es offenbar um einen martialischeren Titel. Dabei wurde gar auf den in der Szene üblichen Deutsch-Zwang verzichtet und statt Hassgruppe HATECREW gewählt. Gegen wen sich ihr Hass so richten kann, wird an den rassistisch, antisemitisch oder behindertenfeindlich konnotierten Textbeiträgen und dem Mobbing von einzelnen, vermeintlich linken Jugendlichen auf der Internetseite der Kameradschaft deutlich. Die HATECREW ist allerdings nicht nur virtuell in Stralsund präsent. Die etwa 15 „HC-Mitglieder“ zeigen sich immer wieder in Gruppen – ausgestattet mit eigenen T-Shirts – im Straßenbild oder auf Stadtfesten. Mit Aufklebern, Pöbeleien und Rempeleien markiert die Gang ihre Revieransprüche.

„In schwarzer Uniform“

Die Veröffentlichungen der HATECREW drehen sich zu einem großen Teil um die HATECREW selbst. Nicht nur die „lobende“ Erwähnung im Verfassungsschutzbericht wird

gefeiert. Den narzisstischen Nazis ist selbst ein Strafverfahren gegen ein Kameradschaftsmitglied wegen der Missachtung einer roten Ampel mehrere Meldungen wert. Weitere anhängige Strafverfahren werden ausführlich in Sonderrubriken behandelt und mit Bildern und Namen der Beteiligten illustriert. Die offene Eigenpräsentation paart sich mit kaum versteckten Bekenntnissen zu Straftaten. Das hat allerdings auch Folgen. Mehrere Verurteilungen werden den Druck insbesondere auf den Hauptprotagonisten der Hatecrew, den langjährigen Neonazi-Aktivisten Robert Rupprecht, erhöhen. Zuletzt wurde im Juni gegen ihn eine Freiheitsstrafe von sieben Monaten wegen Volksverhetzung verhängt. Auf einem T-Shirt, das er auf einem Bild in der Online-Community NB-TOWN trägt, war unter dem Schriftzug „Eisenbahn Romantik“ die Gleiseinfahrt eines Konzentrationslagers zu sehen. „Der sich daraus ergebende Sinn des T-Shirt-Aufdrucks verharmlost die Deportation unzähliger Personen durch die Nationalsozialisten in Konzentrationslager“, befand das Stralsunder Gericht in seinem Hausdurchsuchungsbeschluss. In der Kommentierung des Urteils legt die HATECREW so offen wie unverhohlen nach: „Den Vogel abgeschossen hat [der Staatsanwalt] aber zweifellos mit der rhetorischen Frage, ob der Angeklagte ein solches Shirt auch dann tragen würde, wenn er damals selbst in einem Konzentrationslager gewesen wäre. Die passende Antwort wäre wohl zweifellos, dass er damals sehr wohl auch in einem Konzentrationslager gewesen wäre, allerdings in schwarzer Uniform.“ Auch ein alter Bekannter Rupprechts, der nicht weniger selbstgefällige Axel Möller, gerät in Bedrängnis. Der ebenfalls in Stralsund wohnende Verantwortliche für die Hetzseite ALTERMEDIA wurde am 03. März wegen Volksverhetzung in zehn Fällen, Beleidigung sowie Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Gewaltdarstellung zu 3000 Euro Geldstrafe verurteilt. Die Wiederholungsgefahr dürfte auch hier bei 100 Prozent liegen. Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Konstante Aktivität

Die Unterstützung der beiden Verurteilten durch die lokale und landesweite rechte Szene dürfte sich indes in Grenzen halten – weniger aufgrund ideologischer Differenzen, als vielmehr wegen persönlicher Befindlichkeiten. Die Internetseite ALTERMEDIA ist durch ihren parteikritischen Stil zumindest bei der Landes-NPD geradezu verfemt. Die HATECREW hat zwar Kontakte zu Neonazis in Grimmen und Greifswald und wird auch auf der Internetseite des Rostocker NPDlers David Peterreit MUP_{INFO} wohlwollend erwähnt. Doch mit der Stralsunder NPD liegt die Gang im Clinch. Deren örtlichen Vorsitzenden bezeichnete die HATECREW als inkompetent und stritt sich zu AVANTI - Zeiten um Geld für ihre Wahlkampfunterstützung mit ihm. Als dann HATECREW-Aufkleber in der Stadt mit denen der NPD überklebt wurden, war von „Provokateuren und Idioten“ die Rede. Die Hoffnung, dass sich die Stralsunder Neonazi-Szene selbst zerlegt oder durch Geld- und Haftstrafen zur Aufgabe gezwungen wird, ist indes unangebracht. Die Stralsunder NPD mag mit den eingeschränkten Qualitäten ihres Vorsitzenden zu kämpfen haben. Mit regelmäßigen Kinderfesten, Info-Ständen, Demonstrationen und anderen Aktionen zeigt sie aber seit Jahren konstante Aktivitäten. Diese sollen offenbar noch verstärkt werden. Im Juli eröffnete die Partei ein Büro in Stralsund, das als „nationale Begegnungsstätte“ dienen soll. Hinzu kommt eine kleine Gruppe „Autonomer Nationalisten“ in der Hansestadt. Ein Rechtsrock-Konzert 2009 und die Existenz von Szene-Treffpunkten zeugen zudem von einer aktiven rechten Subkultur. Zuletzt versuchten im August etwa 60 zum Teil vermummte und aggressive Neonazis, zu Ehren von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß unangemeldet in der Stadt aufzumarschieren. Die Gefahr von geistigen und tatsächlichen Brandstiftungen, von Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Drohungen und nationalsozialistischer Propaganda bleibt in Stralsund also weiter bestehen. ■

Rostock / 08. April 2010

Das Büro des Landtagsabgeordneten Jochen Schulte (SPD) im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel wird mit Steinen angegriffen. Mehrere Scheiben werden eingeworfen. Außerdem wird die Fassade mit rechten Parolen beschmierd. Dabei wird auch das Kürzel NSTW verwendet, das vermutlich für NATIONALE SOZIALISTEN TOITENWINKEL stehen soll.

Waren / 09. April 2010

In den Nachtstunden wird die Tür des Wahlkreisbüros des Landtagsabgeordneten Rudolf Borchert (SPD) mit einer harzartigen Substanz zugeklebt und die Fassade des Hauses mit einem Nazispruch besprüht. Die Tür des Wahlkreisbüros des Landtagsabgeordneten Toralf Schnur (FDP) wird ebenfalls verklebt.

Wismar / 10. April 2010

Die Bürgermeisterkandidatin der Grünen und ihr Begleiter werden beim Aufhängen von Wahlkampfplakaten von zwei Rechten attackiert. Einer der Täter schlägt mehrfach auf den jungen Mann ein, während der andere die Kommunalpolitikerin schubst, beschimpft und ihr ein Plakat entreißt. Erst als eine Passantin die beiden Rechten zur Rede stellt, lassen sie von den Betroffenen ab und entfernen sich unter weiteren Beschimpfungen.

Güstrow / 18. April 2010

Ein Polizist wird von zwei Rechten angegriffen, als er einen Schläger festnehmen will. Die beiden treten auf den am Boden liegenden Beamten ein. Während einer der beiden dabei mehrmals „Sieg Heil“ brüllt und den so genannten „Hitlergruß“ zeigt, versucht der andere dem Polizisten gezielt ins Gesicht zu treten.

Schwerin / 25. April 2010

Aus einer fünfköpfigen Personengruppe heraus beleidigen zwei Rechte die Mitarbeiter eines Dönerimbisses rassistisch und bedrohen sie. Zu körperlichen Attacken kommt es nicht, weil die Betroffenen die Polizei alarmieren.

Rostock / 01./02. Mai 2010

Im Stadtteil Toitenwinkel werfen Unbekannte erneut Scheiben am Büro des SPD-Landtagsabgeordneten Jochen Schulte ein.

Teterow / 08. Mai 2010

Als mehrere Menschen dem Aufruf von StadtvertreterInnen folgen, in einer öffentlichen Aktion anlässlich des Gedenktags zur Befreiung vom Nationalsozialismus die Stadt von Neonaziaufklebern zu säubern, werden sie von etwa 20 Rechten aufgehalten. Die Polizei schreitet ein, bevor es zu einer Eskalation kommt.

Güstrow / 08. Mai 2010

In der Nacht zum Samstag werfen Unbekannte die Scheiben der Büros von SPD und der Linken ein und beschmierern die Hausfassaden mit rechten Parolen

Parchim / 08. Mai 2010

Auch in Parchim wird am Wochenende um den 8. Mai ein Büro der Partei DIE LINKE angegriffen. Unbekannte werfen dort eine Scheibe ein.

Neubrandenburg / 08. Mai 2010

An eine Baracke, in der sich Proberäume alternativer Bands befinden, sprühen Unbekannte ein Keltenkreuz und Sprüche wie „NS ist Freiheit“.

Nichtanerkennung wirkt zusätzlich belastend

Die Psychologin und Psychotherapeutin Sibylle Rothkegel leitete ein Projekt mit psychotherapeutischen Hilfen für Opfer von rechter Gewalt in Berlin. Im Interview spricht sie über Folgen rassistischer Angriffe und die Bedeutung der juristischen Aufarbeitung für die Betroffenen.

Frau Rothkegel, mit welchen Folgen waren Betroffene rassistischer Angriffe konfrontiert, die sich in Ihre Behandlung begaben?

Opfer von Gewalttaten stehen nach ihrem traumatischen Erlebnis meist unter Schock. Sie zeigen Gefühle von Betäubung, reagieren mit Unruhezuständen, Überaktivität und vegetativen Zeichen panischer Angst. Sind diese Symptome einer akuten Belastungsreaktion nach drei Tagen nicht abgeklungen, kann es zur Ausbildung einer posttraumatischen Belastungsstörung kommen. Eine solche posttraumatische Belastungsstörung ist verbunden mit der ständigen Wiederkehr der traumatischen Erinnerungen in Bildern und Träumen, andauernden Gefühlen von Betäubtsein, der Vermeidung von Situationen, die eine Konfrontation mit dem Erlebten darstellen, sowie Perioden von Depressivität, die sich mit Angst- und Panikattacken abwechseln. Ein rassistischer Angriff ist für die Betroffenen mit einem tiefen Einbruch in das gewohnte Lebensgefüge verbunden. Nichts wird mehr so empfunden wie zuvor. Traumatische Erfahrungen gehen einher mit Gefühlen von Bedrohung, Angst, totaler Ohnmacht und Hilflosigkeit. Sie können zu dauerhaften psychischen und somatischen Beschwerden mit schweren sozialen Folgen führen. Viele verdammen und bestrafen sich zumeist unbewusst dafür, dass sie während der Gewalteinwirkungen hilflos, ausgeliefert und abhängig waren. Wird einem Opfer über einen längeren Zeitraum die Verarbeitung und Integration der erlebten Gewalt nicht ermöglicht, besteht die Gefahr der Chronifizierung, die bis zur Nichtbewältigung des Alltagslebens führen kann. Die Symptome sind sozialer Rückzug und eine entfremdete und misstrauische Haltung gegenüber der Umwelt, Gefühle der Leere und ständigen Bedrohung, sowie chronische Nervosität.

Welche Faktoren sind für die Ausprägung psychischer Störungen und den Behandlungsverlauf wesentlich? Was begünstigt und was erschwert die Verarbeitung?

Ob sich eine posttraumatische Belastungsstörung entwickelt, wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Sowohl traumaabhängige wie auch persönliche und soziale Faktoren spielen eine Rolle. Dabei kann vor allen Dingen die Bedeutung der sozialen Unterstützung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bei Menschen mit traumatischen Vorerfahrungen kann es bei Diskriminierung und einem erneuten Gewalterlebnis zu einer Retraumatisierung kommen; das vorher erlebte Leiden und die dazugehörigen Symptome werden reaktiviert. Am stärksten sind diejenigen betroffen, die nicht auf Unterstützung durch ein soziales Netz zurückgreifen können. Die psychische Beeinträchtigung von Opfern rechter Gewalt kann durch eine Reihe von Faktoren weiter verstärkt werden. Besonders traumatisch werden Angriffe erlebt, bei denen Zuschauer passiv bleiben, den Schauplatz verlassen oder sogar Beifall spenden.

Wie können sich traumatische Erlebnisse auf das Aussageverhalten von Betroffenen vor den Ermittlungsbehörden und vor Gericht auswirken?

Zu den Konzentrations- und Gedächtnisstörungen von Traumatisierten treten grundsätzliche und situative Faktoren hinzu, die ihr Aussageverhalten beeinflussen. Misstrauen, Rückzugs- und Isolationstendenzen führen zu Persönlichkeitsänderungen, behindern die Kommunikation und verstärken sich in einer Befragungssituation. Angst, Ärger und das Gefühl, wieder einmal keinen Glauben zu finden, führen zur Blockade. Hinzu kommt eine Tendenz zur Abkapselung der traumatischen Erfahrungen von der

Umwelt, weil sie als nicht kommunikationsfähig erachtet werden. Auch die Schamgefühle der Verletzten spielen eine erhebliche Rolle. Sie resultieren aus der Demütigung und der Erfahrung, dem Angriff ohnmächtig ausgeliefert gewesen zu sein.

Worauf sollten PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen während ihrer Befragung von Betroffenen rechter und rassistischer Angriffe achten?

Traumatische Erinnerungen unterliegen anderen Gedächtnisprozessen als normale Alltagserinnerungen. Sie sind zunächst nonverbal, bildhaft, fragmentiert, raum- und zeitlos gespeichert. Sie sind somit nur bedingt abrufbar oder erzählbar. Eine Integration der traumatischen Ereignisse in den persönlichen Lebenslauf und eine „Erzählbarkeit“ ergibt sich oft erst im Laufe einer allmählichen psychischen Stabilisierung und Verarbeitung der traumatischen Ereignisse. Insofern ist es dringend geboten, dass Polizisten, Staatsanwälte und Richter über Kenntnisse der posttraumatischen Symptomatik und deren Auswirkungen auf das Gedächtnis und die Konzentration, das Aussage- und Kommunikationsverhalten und die Interaktion im Gespräch verfügen. Diese Kenntnisse sind Voraussetzung für eine sachgerechte Befragung. Außerdem spielt ein unterschiedlicher kultureller Hintergrund eine bedeutende Rolle in der Formung von Verhaltensweisen und Normen. Es gibt kulturspezifische Belastungen, Bewältigungsstile, Interpretationen sowie Erwartungen. Diese spielen bei allen interkulturellen menschlichen Interaktionen, und eben auch bei Befragungen – sei es durch Behördenvertreter oder vor Gericht – eine entscheidende Rolle. Wir können immer von einer anderen Sprachkultur im Heimatland der Betroffenen ausgehen: In einigen Ländern ist es beispielsweise nicht üblich, Fragen direkt, sondern umschrieben zu beantworten; direkte Fragen können als Affront gewertet werden. In manchen Kulturen wird in „Wir-Form“ gesprochen, weil eine kollektive Identität besteht. Es kann also nicht nur zu Desorientierungen durch die traumatische Einwirkung kommen, sondern auch durch den Kulturwechsel in eine unvertraute Umgebung.

Welche Kriterien sollten bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Opfern rassistischer Angriffe durch Staatsanwaltschaften und Gerichte Berücksichtigung finden?

Sowohl Konzentrations- als auch Gedächtnisstörungen gehören per Definition zum Bild der posttraumatischen Belastungsstörung. Beide Phänomene verstärken sich bei Belastung. Eine Befragungssituation bei Gericht oder Staatsanwaltschaft ist eine Stresssituation und stellt somit eine Belastung dar. Die Störung der Konzentrationsfähigkeit nimmt dabei meist zu, wenn sich das Gespräch belastenden Themen nähert. Der Betroffene wird unruhig oder wirkt abwesend, antwortet nicht mehr auf die gestellten Fragen, verwechselt Daten usw. Dadurch können Nachfragen oder Unwilligkeit bei den Fragenden entstehen, was zu vermehrtem Stress und damit zur Vermehrung der Konzentrationsstörungen führt. Diese Phänomene zeigten sich deutlich bei der Befragung durch Vertreter des Gerichts während der Prozesse gegen die Täter.

Welche Rolle spielt für Betroffene von rassistischen Angriffen die juristische Aufarbeitung des Erlebten?

Eine Nichtanerkennung der langfristigen Leiden traumatisierter Menschen durch öffentliche Funktionsträger oder Gerichte wirken sich nachweislich zusätzlich belastend aus. Sie verstärken bei den Opfern das Gefühl des Vertrauensverlustes in die Welt, ein Umstand, der zu langfristigen sozialen Beeinträchtigungen führen kann. Therapeutische Prozesse können aber auch gerade durch „amtliche Stellen“ positiv beeinflusst werden. Hierzu beizutragen, muss die Aufgabe von uns allen sein.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Das Interview erschien zuerst in den „Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ aus Sachsen-Anhalt.

Waren / 13. Mai 2010

Auf der Müritz- Sail wird der Bürgermeister der Stadt (SPD) von fünf angetrunkenen Rechten belästigt und beschimpft. Dabei betonten sie des Öfteren, dass sie die wahren Demokraten seien.

Nordwestmecklenburg / 14. Mai 2010

Drei nichtrechte Jugendliche werden vor einem Jugendclub von einer großen Gruppe Rechter umringt und bedroht. Da sie dabei auch Geld verlangen, ermittelt die Polizei nun wegen Nötigung.

Stralsund / 23. Mai 2010

Unbekannte verüben in den Nachtstunden einen Brandanschlag auf die Garage eines alternativen Jugendlichen. Der Betroffene geht von einem rechten Tatmotiv aus, da die Garage bereits des Öfteren das Angriffsziel von Rechten war.

Stralsund / 23. Mai 2010

In der Nacht sprengen unbekannte Täter den Briefkasten der Privatwohnung eines Mitgliedes der LINKSJUGEND (SOLID).

Güstrow / 23. Mai 2010

Gegen Mitternacht werden erneut Scheiben am Bürgerbüro des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Norbert Nieszery eingeworfen.

Teterow / 26. Mai 2010

In der Nacht verüben unbekannte Täter einen Farbanschlag auf das Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Ilka Lochner-Borst (CDU).

Mit System gegen das System?

Waren / 26. Mai 2010

Das Türschloss eines Mehrfamilienhauses in dem sich das Büro des SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Borchert befindet, wird mit Sekundenkleber beschädigt. Außerdem werden Neonazi-Aufkleber am Eingang angebracht. In derselben Nacht werden auch am Wahlkreisbüro des FDP-Politikers Toralf Schnur die Schlösser verharzt und Neonazi-Aufkleber angebracht.

Stralsund / 30. Mai 2010

In den frühen Morgenstunden sprengen Unbekannte vermutlich mit Böllern den Briefkasten des Bürgerbüros der Partei DIE LINKE in Knieper West.

Güstrow / 31. Mai 2010

Unbekannte werfen eine Scheibe des Büros des Landtagsabgeordneten Torsten Renz (CDU) ein.

Wismar / 03. Juni 2010

In der Nacht zum Donnerstag beschmieren Unbekannte das Büro der Bundestagsabgeordneten Martina Bunge (LINKE), vergießen am Eingang des Hauses großflächig Teer und verstreuen Federn.

Parchim / 04. Juni 2010

Unbekannte werfen in der Nacht zum Freitag erneut Fensterscheiben des Büros der Partei DIE LINKE mit Pflastersteinen ein.

Gadebusch / 06. Juni 2010

In den frühen Morgenstunden bemerkt die Polizei, dass eine Fensterscheibe des Gadebuscher Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Bunge (DIE LINKE) mit Ziegelsteinen attackiert wurde. Die Scheibe wurde nicht zerstört, weist aber Einschläge und Risse auf.

Eine Serie von rechts motivierten Attacken auf Wohnhäuser von Politikern und Parteibüros in Mecklenburg-Vorpommern prägte die erste Hälfte dieses Jahres. Mit der zahlenmäßigen Steigerung scheint auch eine ideologische Erweiterung der Tatmotive verbunden zu sein.

Quantitative Eskalation (in Mecklenburg-Vorpommern)

Der Einsatz zielgerichteter Sachbeschädigungen durch die rechte Szene ist kein neues Phänomen. Auch Parteibüros gehören nicht erst seit diesem Jahr zu den Zielobjekten dieser Attacken. Neu ist hingegen die Zahl der Angriffe. Von 2001 bis 2005 registrierte die LOBBI nur vereinzelte Vorfälle. In den Folgejahren stieg die Zahl (2006: 3/ 2007:6 / 2008:8 / 2009: 9). Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Es ist davon auszugehen, dass nicht jeder Vorfall bekannt wurde. Dennoch dürfte die Zahl von mindestens 33 Anschlägen und ähnlichen Vorkommnissen bis Ende August des aktuellen Jahres eine massive Steigerung darstellen. Attacken auf die Einrichtungen verschiedener Parteien sind auch aus allen anderen Bundesländern bekannt. Bei dieser deutlichen quantitativen Eskalation scheint es sich derzeit aber um ein spezifisches Phänomen in Mecklenburg-Vorpommern zu handeln. Zumindest konnten die Partnerprojekte der LOBBI in den östlichen Bundesländern bislang keinen so eindeutigen Zuwachs konstatieren.

Überlegte Anschlagplanungen

Bisher wurden im Zusammenhang mit den aktuellen Anschlägen keine Tatverdächtigen ermittelt. Doch zurückgelassene Aufkleber und angebrachte Parolen zeigen in vielen Fällen eindeutig in Richtung Neonazis.

Die regionalen Häufungen sprechen für die Beteiligung der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (AN). Diese aktionsorientierten Kameradschaften haben ihre Schwerpunkte in Teterow, Güstrow, Waren und Rostock. Eine Handreichung einer thüringischen AN-Gruppe belegt die Befürwortung und Planung derartiger Anschläge in diesem Milieu. In dem Text werden Aktivitäten gegen das „Bürgerbüro der Linkspartei oder andere(n) Einrichtungen des politischen Gegners“ ausdrücklich „gestattet“. Die Aktionen sollten in der Nacht, zu zweit, verumumt und ohne eindeutige rechte Kennzeichen verübt werden. Vor der Tat sollten „Fluchtgassen“ analysiert und nach der Tat „absolutes Stillschweigen“ bewahrt werden. Auch die Tatumstände der hiesigen Anschläge sprechen für derart überlegte Planungen.

Die Dynamik und Vernetzung unter diesen jugendlichen Neonazi-Gangs ermöglichen auch den überregionalen Charakter dieser „Kampagne“. Das jetzige Vorgehen ähnelt zudem den Aktivitäten der Autonomen Nationalisten in den vergangenen Jahren. 2009 hatten beispielsweise antisemitische Aktionen Konjunktur in dieser Szene.

Mehr als „Anti-Antifa“

Auffällig war bei der Anschlagserie auch die Auswahl der Zielobjekte. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Sachbeschädigungen auf die Linkspartei. In diesem Jahr traf es – wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen – auch SPD, CDU und FDP. Über die Motive dieser „Erweiterung“ kann nur spekuliert werden – Bekennerschriften gibt es nicht.

Kommentare auf einer Neonazi-Website stellen die Anschläge regelmäßig in Zusammenhang mit Attacken auf NPD-Einrichtungen. Es sei „nicht auszuschließen, dass die Anschlagserie gegen Demokratenbüros nicht abreißen wird, bis „Politische Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern“ auch im Landtag thematisiert und geächtet wird“. Sollte es sich also um eine Art Rache handeln, wäre dies keine schlüssige Argumentation. Weder stimmt es, dass die NPD das Hauptangriffsziel unter den Parteien ist, noch

werden diese Angriffe verschwiegen. Ebenso unzutreffend ist es, dass es keine Distanzierungen von Angriffen auf Neonazieinrichtungen gibt, geschweige denn sind Landtagsabgeordnete dafür verantwortlich zu machen.

Wahrscheinlicher ist, dass die Neonazis ihr Aktionsfeld „Anti-Antifa“ ausgedehnt haben. Neben JournalistInnen, engagierten Einzelpersonen, linken ParteiaktivistInnen oder Mitgliedern von antifaschistischen Gruppen könnten jetzt auch bestimmte konservative und liberale PolitikerInnen als politische GegnerInnen identifiziert und attackiert werden. Seit dem Einzug der NPD in den Landtag haben schließlich Abgeordnete aller Parteien deutlicher als zuvor gegenüber der Partei und der Neonazi-Szene Stellung bezogen und kommen so als Zielobjekte in Frage.

Dennoch haftet der Auswahl der Anschlagziele manchmal eine gewisse Beliebigkeit an. Und so kann die Frage gestellt werden, ob es den Tätern überhaupt noch um konkrete exponierte PolitikerInnen geht? Es entsteht der Eindruck, dass nicht mehr Einzelpersonen, sondern die Parteien an sich und zwar alle das Ziel sind. Diese Erkenntnis erscheint zunächst banal. Schließlich ist das Mehrparteiensystem ein Grundelement der repräsentativen Demokratie und aus der Ablehnung dieses Gesellschaftssystems macht die rechte Szene keinen Hehl. Doch systematische Attacken auf Institutionen des „Systems“ in Form von Anschlägen sind in diesem Umfang eine qualitative Steigerung in Mecklenburg-Vorpommern.

Stichwortgeber NPD

„Gegen Demokraten helfen nur Granaten“ skandieren „autonome Nationalisten“ auf einem NPD-Aufmarsch in Rostock und verleihen ihren Gewaltphantasien mit gezielten Böllerwürfen zusätzlich Nachdruck. Die Ordner der Partei fixen dazu. Auch hinsichtlich der Anschlagsserie ist es kaum denkbar, dass die NPD die Aktionen nicht befürwortet oder zumindest duldet. Zu eng sind die Partei und die sogenannten „Freien Nationalisten“ in Mecklenburg-Vorpommern miteinander verquickt. Und an der Dominanz der NPD in dieser streng hierarchisch organisierten Szene besteht kein Zweifel. Die schon zitierte Neonazi-Website, die vom Rostocker NPD-Funktionär Petereit verantwortet wird, kommentierte die Anschläge mehrmals auf „satirische“ Weise. So wurden die „Aktivisten“ der Szene in Verbindung mit einer Adressliste von Parteieinrichtungen dazu aufgefordert, „mal wieder in ihrem örtlichen Bürgerbüro vorbeizuschauen. Denn, Demokraten gibt es auch in Deiner Stadt und das flächendeckende Netz lässt sich unmöglich rund um die Uhr bewachen“. Dass dies nur geschehen soll, um „Hilfestellung bei der Aufklärung der Fälle“ zu leisten, ist höchst unwahrscheinlich. Und so können diese und auch andere „Distanzierungen“ nur als verklausulierte Angriffsaufrufe und als kalkulierte Provokationen interpretiert werden.

Die NPD M-V veröffentlichte zudem im Juli diesen Jahres in einem anderen Zusammenhang noch einmal ein älteres Zitat des Vorsitzenden Udo Voigt, welches die Partei angesichts der Anschläge als ideologischen Stichwortgeber charakterisiert: „Wir bekennen uns heute zu einem Deutschen Sozialismus und sehen uns als grundsätzliche Alternative zum gegenwärtigen Parteienspektrum.“ Die NPD wolle nicht neben den anderen Parteien agieren, „sondern gegen sie!“. Wie authentisch diese Verortung ist wird deutlich, wenn Fraktionschef Pastörs bei einem Aufmarsch in Anklam vom „Tag der Abrechnung“ geifert, an dem es „keine Gnade“ für Demokraten gebe oder an den zerschossenen PolitikerInnenporträts, die beim NPD-Kreistagsabgeordneten Krüger gefunden wurden.

Für die NPD ist dies ein Vabanquespiel. Wird ihr ein Zusammenhang mit den Anschlägen nachgewiesen – schreitet sie also vom Wort zur planvollen Tat – wäre dies ein Beleg für eine „aktiv kämpferische, aggressive“ Praxis der Partei. Dies ist eine Hauptvoraussetzung für ein Parteiverbot. ■

Rostock / 07. Juni 2010

Auf das Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Prof. Wolfgang Methling (DIE LINKE) wird in der Nacht zum Montag ein Anschlag verübt. Unbekannte beschmiereten den Eingangsbereich mit Farbe und werfen auf der Rückseite des Hauses zwei Fensterscheiben ein, von denen eine zu den Räumen des Wahlkreisbüros gehört.

Güstrow / 07. Juni 2010

Unbekannte beschädigen in der Nacht zwei Autos durch Steinwürfe. Eines davon ist der Dienstwagen von Landrat Lutz da Cunha (SPD). Der Staatsschutz ermittelt, da er einen Zusammenhang zu den zahlreichen Anschlägen auf Büros demokratischer Parteien für möglich hält.

Wendisch Priborn / 08. Juni 2010

Auf das Haus eines schwulen Paares verüben Unbekannte in der Nacht einen Farb- und Buttersäureanschlag. Die Männer halten einen homophoben Hintergrund der Tat für möglich, da sie vor Ort auf Grund ihrer Homosexualität schon des Öfteren angefeindet wurden.

Güstrow / 11. Juni 2010

Erneut wird ein Anschlag auf das Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) verübt. Unbekannte werfen in der Nacht drei mit roter Farbe gefüllte Flaschen gegen die Hausfassade.

Weiter zu dem Thema siehe auch Seite 12

Nicht nur ein Farbkleck an der Wand

Crivitz / 11. Juni 2010

In der Nacht zum Freitag werfen unbekannte Täter zwei Flaschen mit einer brennbaren Flüssigkeit in einen Pizzaimbiss, der von einem Inder betrieben wird. Die Brandsätze explodieren glücklicherweise nicht und der Sachschaden hält sich daher in Grenzen. Der Staatsschutz ermittelt und prüft ein rassistisches Motiv. Mögliche Anhaltspunkte könnten dabei auch die Sprüche an der Fassade des Gebäudes bieten, die sich gegen Inder richten.

Woldegk / 11. Juni 2010

Kurz nach Mitternacht ruft ein alternativer Jugendlicher einen Freund an und teilt diesem mit, dass er nicht zu einem vereinbarten Treffen erscheinen könne, da er gerade von Rechten zusammengeschlagen wurde. Diese hatten ihn nach seinen Angaben aus einem Auto heraus angesprochen und dann geschlagen und getreten. Der Angerufene eilt zum Ort des Geschehens, wo er seinen Freund in einer Blutlache liegend vorfindet und informiert die Polizei.

Gägelow / 14. Juni 2010

In der Nacht werden Flaschen mit brauner Ölfarbe gegen die Wände des örtlichen Jugendclubs geworfen. Für den folgenden Tag ist im Club eine Fachtagung im Rahmen des Programms JUGEND FÜR VIELFALT, TOLERANZ UND DEMOKRATIE angekündigt.

Zahrensdorf / 17. Juni 2010

Eine Gruppe Rechter zeigt vor Badegästen am Strand des Keezer Sees mehrfach den Hitlergruß und skandiert rechte Parolen. Die alarmierte Polizei nimmt mehrere Anzeigen auf. Nach dem Verschwinden der Polizei erscheinen die Rechten erneut und bedrohen die Badegäste so massiv, dass diese erneut die Polizei rufen müssen.

Etliche Medienberichte und Statements der betroffenen PolitikerInnen begleiten die Anschlagsserie auf Parteibüros. Darüber hinaus gab es allerdings kaum Reaktionen. Angesichts der individuellen und kollektiven Folgen derartiger Aktionen müssen sich zivilgesellschaftliche Akteure und auch die Parteien selbst kritisch hinterfragen.

Teer und Federn

Parolen an den „Haustüren der hiesigen Lokalpolitiker“ seien gut geeignet, „Angst“ zu verbreiten, schlug schon 2003 ein Anti-Antifa Text im deutschen COMBAT 18-Magazin STORMER seinen LeserInnen vor. Dass diese beabsichtigte Wirkung bei den Betroffenen auch eintritt, steht außer Frage.

Die Sachbeschädigungen sind offiziell gar keine Gewaltdelikte – nur in Verbindung mit Brandstiftung oder Sprengstoffexplosionen werden solche Attacken von der Polizei entsprechend gewertet. Um Bagatellen handelt es sich aber mitnichten. Aus der Beratungsarbeit wissen die LOBBI-MitarbeiterInnen um die Auswirkungen, wenn Menschen mit zielgerichteten Sachbeschädigungen konfrontiert sind. Es geht nicht nur um den Farbkleck an der Wand oder eine kaputte Fensterscheibe. Neben diesen, oft nicht unwesentlichen, materiellen Folgen, wird der Angriff von den Betroffenen konkret auf die eigene Person bezogen. Insbesondere das Eindringen in den sozialen Nahraum, wie etwa Wohnhaus oder Arbeitsplatz, können bei einigen Menschen ernsthafte Bedrohungsgefühle auslösen. Ähnlich wie bei Körperverletzungen werden individuelle Bewältigungsstrategien für diese psychischen Belastungen gesucht. Diese können darin bestehen, bestimmte Orte zu meiden, das politische Engagement einzuschränken oder sich nicht mehr öffentlich zu positionieren. Einige Landtagsabgeordnete der betreffenden Wahlkreisbüros schätzen die Vorfälle als „belastend“ oder auch „beängstigend“ ein. Der Bedrohung ausgesetzt sind aber auch ihre MitarbeiterInnen, die sich weitaus häufiger in diesen Einrichtungen aufhalten. Das subjektive Gefühl der Unsicherheit entsteht dabei unabhängig von einer objektiven Gefahr weiterer Anschläge oder gar tätlicher Angriffe auf die eigene Person.

Wie ernst die Drohkulisse sein kann, belegen zwei Beispiele aus Wismar. Bei einem Anschlag auf ein Parteibüro der Linkspartei wurde das Gebäude mit Teer und Federn beschmiert. Diese Metapher ist für die Betroffenen leicht als Lynchjustizphantasie und „Für vogelfrei erklären“ zu entschlüsseln. Mitglieder der GRÜNEN wurden in der Hansestadt beim Aufhängen von Wahlplakaten sogar tätlich angegriffen.

Über den Einzelfall hinaus

Mit „Nicht einschüchtern lassen“ oder „Motivationsschub, sich weiter gegen rechts zu engagieren“ werden einige PolitikerInnen in Presseberichten zitiert. Ob diese Appelle ausreichen, darf bezweifelt werden. Neben den individuellen Folgen für die direkt Betroffenen wirken rechte Angriffe fast immer über den Einzelfall hinaus und sind mit kollektiven Effekten verbunden. Nicht nur die exponierten Parlamentsangehörigen, sondern auch die Parteimitglieder in den Orts- und Kreisverbänden nehmen die Bedrohung wahr. Verstärkt wird diese Unsicherheit durch Aktionen der rechten Szene, die sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen. Dazu zählen die demonstrative Anwesenheit und Wortergreifung bei Veranstaltungen, das Fotografieren bei Anti-Rechts-Aktivitäten oder die Nennung von Namen auf rechten Internetseiten oder in Zeitungen. Es ist in Mecklenburg-Vorpommern vielfach möglich, sich gegen Neonazis und extrem rechte Einstellungen zu engagieren und zu positionieren – ohne gleich zum Ziel von Angriffen zu werden. Dennoch ist eine Tendenz bei KommunalpolitikerInnen und Verwaltungsangestellten zu beobachten, sich in dieser Beziehung nicht „zu weit aus dem Fenster zu lehnen“.

Ausbleibende Reaktionen

Mit dem Anstieg der Anschlagzahlen stieg auch das Interesse der Medien, bis hin zu Reportagen in bundesweiten Zeitungen und im Fernsehen. Auch die betroffenen LandespolitikerInnen verurteilten die Anschläge. Andere Reaktionen waren im Zusammenhang mit der Anschlagserie allerdings kaum öffentlich wahrnehmbar. Kirchen, Gewerkschaften, Antifagruppen, BürgerInnenbündnisse oder andere zivilgesellschaftliche Akteure schwiegen weitgehend zu den Vorfällen. Dies ist auch und gerade bei Angriffen auf andere Zielgruppen rechter Gewalt zu beobachten. Bei der Anschlagserie auf Parteibüros überraschen die fehlenden Reaktionen jedoch besonders, würde man doch gerade hier eine größere Lobby vermuten, als etwa bei angegriffenen Punks oder Flüchtlingen.

Aber auch bei den Parteien selbst gab und gibt es zum Teil eine selektive Wahrnehmung. Die Anschläge auf Einrichtungen der Linkspartei in den vergangenen Jahren fanden, wenn überhaupt, nur lokales Interesse. Erst mit der eigenen Betroffenheit äußerten die verschiedenen Parteien sich stärker. Noch im Mai interessierte sich ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter in einer kleinen Anfrage nur für die Bewertung der Bundesregierung von Anschlägen auf Büros der eigenen Partei.

Hinzu kommt, dass PolitikerInnen und Parteien die Auseinandersetzung um die rechte Szene im Land dominieren und dabei sehr stark auf repressive polizeiliche Strategien setzen. Jetzt sind die Parteien selbst das Ziel und die Erfolgchancen der Ermittlungen bei Sachbeschädigungen gemeinhin sehr gering. Es zeigt sich, dass Parlament und Polizei nicht die einzigen, ja nicht mal die wichtigsten, Akteure im praktischen Umgang mit Neonazis sein dürfen.

Viele kleine Raumgewinne

Das fehlende Feedback ist in zweifacher Hinsicht problematisch. Zum einen für die betroffenen PolitikerInnen und ihre MitarbeiterInnen: die öffentliche Ächtung dieser Attacken, sowie praktische Unterstützung und Solidarisierung von außen sind die Basis für einen aktiven und erfolgreichen Umgang mit Bedrohungssituationen. Geschieht dies nicht, dürften die Täter ihr Ziel der Einschüchterung in vielen Fällen erreichen.

Auf der anderen Seite führt mangelnde Gegenwehr aber auch zu einer Normalisierung und damit Duldung extrem demokratiefeindlicher Attacken. Nimmt man die sogenannte Politik- oder Parteienverdrossenheit in der Bevölkerung ernst, kann nicht vorausgesetzt werden, dass sich die Täter und ihr Umfeld durch die Sachbeschädigungen an Parteibüros in der Bevölkerung selbst diskreditieren. Zwar dürfte es sich bei den Anschlägen nicht um „Bürgerproteste“ handeln, wie die rechte Szene glauben machen will. Aber bislang kann sie diese Darstellung vielfach unwidersprochen verbreiten. Und tatsächlich dürfte es Anknüpfungspunkte zu unzufriedenen und demokratiefeindlichen Bevölkerungsschichten geben.

Die Neonazigruppierungen stehen damit natürlich nicht vor einer „Machtergreifung“. Doch die rechte Szene kann viele kleine politische und geografische Raumgewinne vorweisen, die durch aggressive Propaganda und Verdrängung von GegnerInnen sowie eine verstärkte soziale, kulturelle und lokalpolitische Verankerung möglich wurden. Die derzeitigen massiven Einschüchterungsversuche gegenüber etablierten politischen Strukturen sind dabei nicht nur Ausdruck eines gestiegenen Selbstbewusstseins, sondern auch eine qualitative Steigerung ihres Aktionsrahmens.

Die Parteien, aber vor allem zivilgesellschaftliche Akteure, müssen dazu offensive Gegenstrategien entwickeln. Dabei geht es nicht um die Forderung nach Sympathiebekundungen für PolitikerInnen, deren Politik oder das derzeitige Demokratiemodell. Aber gegen Angriffe von reaktionären, nationalsozialistisch orientierten Rechten sind sie allemal zu verteidigen. ■

Gägelow / 23. Juni .2010

Am Rande einer Informationsveranstaltung im örtlichen Jugendklub wird einer Journalistin die Kamera von einem Rechten entrisen. Die Journalistin hatte zuvor fotografiert, wie der Mann von der Veranstaltung ausgeschlossen wurde.

Wismar / 05. Juli 2010

Die Bewohner des Kultur- und Wohnprojekts TIKOZIGALPA werden zunächst durch laute Geräusche auf dem Gelände und „Sieg-Heil-Rufe“ geweckt. Später finden sie einen auf dem Grundstück abgestellten PKW verbaut und mit eingeschlagener Heckscheibe vor.

Waren / 07. Juli 2010

Die Wahlkreisbüros des FDP-Landtagsabgeordneten Toralf Schnur und des SPD-Parlamentariers Rudolf Borchert werden mit Farbbomben beworfen.

Gnoien / 17. Juli 2010

In der Nacht beschmieren unbekannte Täter die Fassade des Wohnhauses des örtlichen Bürgermeisters und verteilen Handzettel mit rechter Propaganda auf und vor dem Grundstück. Auf den Flugblättern ist die Internetadresse der NATIONALEN OFFENSIVE TETEROW angegeben.

Grevesmühlen / 23. Juli 2010

Polizisten entdecken während einer Streife eingeritzte Hakenkreuze auf einer Hinweistafel des Wahlkreisbüros der Linken.

Parchim / 25. Juli 2010

Unbekannte werfen bereits zum vierten Mal die Scheiben des Wahlkreisbüros der Linken ein. AnwohnerInnen hatten gegen vier Uhr morgens das Klirren der Scheiben gehört.

Wahlkampf - Musik

(von BNR.DE / Maik Baumgärtner)

Mit kaum einem anderen Projekt gelang es der NPD in der Vergangenheit soviel mediale Aufmerksamkeit zu erregen, wie mit den sogenannten Schulhof-CDs. Die Auflagenzahl der verschiedenen Tonträger, die zwischen 2004 und 2009 kostenlos – vor allem im Wahlkampf - verteilt wurden, soll in die Hunderttausende gehen. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl an Downloads von den Internetseiten der Partei. Kein Wunder also, dass nun der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern nachziehen möchte und eine eigene CD-Produktion plant. Die Partei will sich offenbar bereits propagandistisch auf die Landtagswahlen im September 2011 vorbereiten. Treibende Kraft im Hintergrund scheint hier der NPD-Kommunalpolitiker David Petereit zu sein, der als einer der führenden Köpfe der Mecklenburger Kameradschaftsszene gilt. Er galt auch als wichtiger Kader des im Mai 2009 verbotenen Kameradschaftsnetzwerks MECKLENBURGISCHE AKTIONSFRONT und betreibt den völkischen LEVENSBOOM-VERSAND, über den in der Vergangenheit verschiedene braune Musikprojekte ihre CDs veröffentlichten.

Derzeit kursieren in der rechtsextremen Szene zwei Schreiben, die von Petereit unterzeichnet sind. In einem wird um Spenden für die CD-Produktion gebeten, im anderen wird den übrigen NPD-Landesverbänden angeboten, die neue CD mit einem entsprechend angepassten Adressfeld für ihre Öffentlichkeits- und Propagandaarbeit einzukaufen.

Um die „Kosten für die Aktivisten, die diese dann verteilen gegen Null laufen zu lassen“, wird um Spenden an den Mecklenburger NPD-Landesverband gebeten, für die es dann auch eine „Spendenquittung“ gibt, die von der „Steuer abgesetzt werden kann“. Anonyme Spender sollen ihren Bei-

Täterjagd statt Opferschutz

Während in den Medien noch über einen „Internetpranger“ diskutiert wird, begeben sich Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern schon auf die Suche nach entlassenen Sexualstraftätern und fordern den Tod dieser Menschen.

Zentrales Thema der rechten Szene

Als im Oktober letzten Jahres nach einem Verdachtsfall von Kindesmissbrauch in Gadebusch der Haftbefehl gegen den Tatverdächtigen ausgesetzt wurde, kam es zu Protesten. An den öffentlichen Unmutsbekundungen und der Belagerung des Wohnhauses des Beschuldigten beteiligten sich von Anfang an auch zahlreiche Personen aus der rechten Szene. Die NPD versuchte den Protest schließlich mit einem eigenen Aufmarsch ganz für sich zu vereinnahmen. Neonazi-Aktionen gegen mutmaßliche Sexualstraftäter fanden 2009 auch in Gnoien und Malchow statt. Aktuell ist ein Aufruf in dem vom NPD-Landtagsabgeordneten Müller verantworteten Heft Uecker-Randow-Bote. Dort wird um Informationen zum Aufenthalt von fünfzehn entlassenen Forensikpatienten gebeten. Diese „kranken Gestalten“ hätten das Recht auf ihr Leben verwirkt und sollten umgebracht werden, wird dort gefordert. Auch am „Bürgerbüro“, das der mehrfach vorbestraften NPD-Kreistagsabgeordneten Sven Krüger in Grevesmühlen eingerichtet hat, hängt ein Transparent mit der Aufschrift „Todesstrafe für Kinderschänder!“. Es bezeugt, ebenso wie die gleichlautenden Heckscheiben-Aufschrift an Rostocker Autos, Aufkleber an Grimmener Laternen, T-Shirt-Motive bei einem Anklamer Aufmarsch oder entsprechende Liedtexte von Neonazi-Bands, dass es sich um ein zentrales Thema der rechten Szene handelt. Dass diese Mordphantasien auch in die Tat umgesetzt werden können, bewiesen 1996 zwei rechte Skinheads in Wolgast. Sie traten einen Mann zu Tode, den sie des Kindesmissbrauchs beschuldigten.

Türöffner Kindesmissbrauch

Wie in Gadebusch geschehen, wirkt das Bekanntwerden neuer Missbrauchsfälle an Kindern mobilisierend auf Anhänger des rechten Spektrums – aber auch weit darüber hinaus. Diese öffentliche Inszenierung von Wut über den jeweiligen Vorfall erreicht in vielen Fällen Menschen, die sich in jeder anderen Situation nicht von Neonazis mobilisieren lassen würden oder sogar zu ihren erklärten Gegnern zählen. Damit ist die Aufmerksamkeit und der Eifer begründet, mit dem sich die extreme Rechte auf dieses Thema stürzt. Kindesmissbrauch bezeichnet der NPD-Chef Udo Voigt als eines der „Türöffner-Themen“, um die Stigmatisierung als Neonazis aufzubrechen. Die Mischung aus einer emotionalen Dynamik, die für rationale und humanistische Argumentationen wenig Raum lässt und der scheinbaren Unangreifbarkeit des Protestes macht dieses Thema für Neonazis so reizvoll. Egal mit welcher Motivation sich der Einzelne dem „Protest“ anschließt, in der Regel geht es darum, den mutmaßlichen Täter in der öffentlichen Wahrnehmung aus der Gemeinschaft auszuschließen. Dieser Ausschluss Einzelner und deren Entmenschlichung als „Abschaum“ erlauben dann menschenverachtende Lösungsvorschläge bis hin zum Mordaufruf. Gemeinsam haben viele Beteiligte das Unvermögen oder den Unwillen zu reflektieren, dass es sich bei einem mutmaßlichen Täter eben nicht um ein außerhalb ihrer Gemeinschaft stehendes „Schwein“ handelt, wie es die Neonazipostille LASSANER BOTE schreibt, sondern um einen Menschen aus ihrer Mitte.

Wenig kritische Reflektion

Während der Proteste in Gadebusch gab es öffentliche Distanzierungen von der NPD und auch bei anderen Aktionen gegen „Kinderschänder“ blieben Neonazis weitestgehend unter sich. Doch die Kritik geht in den seltensten Fällen darüber hinaus, die Teilnahme von Neonazis zu problematisieren. Eine kritische Reflektion der Forderungen

nach Todesstrafe, Kastration, „Internetpranger“ und einem starken und strafenden Staat, wie sie in diesem Zusammenhang immer wieder laut und eben nicht nur von Neonazis verbreitet werden, findet hingegen im Einzelfall kaum statt. Hinter den radikalen Forderungen nach „härteren Strafen“ oder „Wegsperrern“, steht in vielen Fällen auch eine Abwehrhaltung gegenüber dem modernen Strafvollzug und zeitgemäßen Ansätzen zur Resozialisierung und Therapie von Sexualstraftätern. Anstatt anzuerkennen, dass sich durch härtere Strafen erwiesenermaßen kein Abschreckungseffekt einstellt, werden Therapiebemühungen, Ursachenforschung und aufgeklärte Methoden im Strafvollzug als „Auswüchse“ einer vermeintlich „täterfreundlichen“ Gesellschaft denunziert. Dies geschieht mit der gleichen Vehemenz, mit der die Protagonisten des „Protests“ ignorieren, dass Straftaten dieser Art kein Produkt der modernen Gesellschaft, sondern im Gegenteil sogar rückläufig sind. Dass zu einem Rechtsstaat eben auch die faire Verhandlung für die Verdächtigten und eine unvoreingenommene Untersuchung des Verdachtsfalls gehören, geht in der aufgebrachten Menge oft unter. Unbeachtet bleibt häufig die Tatsache, dass öffentlich inszenierte Rache keine Tat ungeschehen macht und dem Opfer gar die Bewältigung der Tat erschweren kann.

Fehlende Opferperspektiven

Wenn es um die Forderung nach dem Tod oder dem lebenslangen Wegsperrern der Täter geht, wird vorgegeben, im Interesse der Betroffenen zu handeln und dabei nur ihren Schutz im Blick zu haben. Tatsächlich spielt die Opferperspektive jedoch eine untergeordnete Rolle. Die öffentliche Thematisierung von Missbrauchsfällen trifft auf das voyeuristische Interesse des Unbeteiligten. Dabei wird ein gesellschaftliches Klima produziert, das es gerade den Opfern und ihren Angehörigen erschwert, die Tat zu verarbeiten und in einen geregelten Alltag zurückzukehren. Bezeichnend ist auch, dass es im regelmäßig vorgetragenen Kanon der Forderungen zwar ausgiebig um die Bestrafung der Täter, um so weniger jedoch um ausdifferenzierte Betreuungsangebote für die betroffenen Kinder geht. Problematisch ist auch eine populistische Wortwahl, die darauf abzielt, möglichst brachiale Begriffe zu verwenden. Das Wort „Kinderschänder“ etwa ist fachlich nicht nur unbrauchbar, sondern auch irreführend. Schließlich impliziert es eine Schande, mit der die Opfer nach der Tat zu leben hätten und fördert so die Stigmatisierung der Betroffenen. Ebenso falsch ist die Konstruktion von Tätern als fremde Unbekannte, denen potentielle Opfer vorwiegend im öffentlichen Raum ausgesetzt seien. Denn empirisch gesehen, spricht die Realität eine andere Sprache. Die Täter stammen in der Regel aus dem sozialen Nahbereich des Opfers; sind also Familienmitglieder, gute Freunde der Familie oder anderweitig Bekannte. Die Forderung nach der Todesstrafe und anderen existenziellen Konsequenzen wie auch die Furcht vor einem protestierenden Mob fördern in solchen Fällen vielfach das Schweigen der Opfer und verunmöglichen eine Auseinandersetzung mit der Tat.

Offensive Auseinandersetzung

Der Schutz vor Kindesmissbrauch, die Unterstützung der Betroffenen und der Umgang mit den Tätern sind sensible und komplexe Problemfelder. In der kritischen Auseinandersetzung mit propagandistischen und vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen scheint manchmal die Sorge zu stecken, als Person denunziert zu werden, die sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen verharmlost oder die Täter unterstützt. Dennoch muss diese Auseinandersetzung offensiv geführt werden, wie etwa im brandenburgischen Joachimsthal. Nach dem die NPD den Zuzug eines Sexualstraftäters zur Wahlkampfpropaganda nutzte, wurde in der Region eine Broschüre verteilt: „Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten – Gedankenanstöße für einen wirksamen Kinderschutz jenseits polemischer Scheinlösungen“. ■

trag bei der nächsten „Tischsammlung reinhauen“. Im üblichen und autoritären Ton weist Petereit darauf hin, dass „inhaltliche Fragen zur CD“ nicht beantwortet werden, da „diese keine Diskussionsgrundlage ist.“ Insgesamt 14 Lieder „von Balladen bis Hardcore“ mit einer Spielzeit von 55 Minuten werden sich auf der CD finden, die ohne Beiheft in einer Papphülle verteilt werden soll. Für 3200 Euro können die übrigen NPD-Landesverbände 10 000 CDs bei Petereit bestellen.

Marsch - Musik

Zunächst marschierten am 05. März 2010 etwa 250 Rechte durch Sassnitz. Bei der revisionistischen Veranstaltung handelte es sich um einen „Trauermarsch“ der NPD aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Stadt durch britische Bomber in den letzten Kriegstagen. Am Abend wurde dann nicht mehr getrauert. In einer Garagenanlage am Garzer Busch in der Nähe des ehemaligen Kreidebruches in Sassnitz feierten etwa 70 Rechte „Geburtstag“. Laut Gästebucheintrag in einem rechten Internetforum spielten dort die Bands WIEGE DES SCHICKSALS, EINSATZGRUPPE D, ULTIO REGNIS, SAWCROSSLANES und THRIMA.

Immer mehr braune „Boten“

Die „Boten“ waren das Thema einer Veranstaltung am 6. Februar in Rostock, bei der auch der rechte Liedermacher Martin Krause auftrat. Das größte Propaganda-Projekt von Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern wird seit 2001 sukzessive ausgebaut. Neben den bereits bestehenden INSEL-, UECKER-RANDOW-, GREIFSWALDER-, ANKLAMER-, STRALSUNDER-, und LASSANER BOTEN werden nun auch DEMMINER- ROSTOCKER- und STRELITZER BOTEN produziert. Die kostenlosen mehrseitigen Hefte werden massenhaft und kontinuierlich in den entsprechenden Regionen in Briefkästen verteilt.

Go West

Spezialisierte Opferberatungsangebote für Betroffene rechter Gewalt wurden nun erstmals auch in zwei westdeutschen Bundesländern eingerichtet. Im Saarland begann das Projekt im August 2009 und in Rheinland-Pfalz wurde die Beratungsstelle Anfang 2010 eröffnet. Auch in Hessen war „Opferperspektiven ernst nehmen“ ein Thema. An der Tagung im Mai nahm auch die LOBBI teil. Im Juli hielt die LOBBI einen Vortrag zu rechter Gewalt und Opferberatung beim Beratungsnetzwerk der Stadt Hamburg.

BERATEN
STÄRKEN
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder Zeuginnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? Ihre Mitteilung kann helfen den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch Ihre Spende fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

Lesenswert

Die Fachliteratur zum Thema Opferberatung im Allgemeinen ist überschaubar und zum Thema Opfer rechter Gewalt im Besonderen praktisch nicht vorhanden. Deshalb sei hier auf zwei Neuerscheinungen hingewiesen.

Beim VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN ist das Buch „Perspektiven professioneller Opferhilfe“ erschienen. Der Sammelband vereint interessante Beiträge zu Theorie und Praxis dieses interdisziplinären Handlungsfeldes aus wissenschaftlicher, rechtlicher, psychosozialer, praxisreflektierender sowie polizeilicher Sicht. Empfohlen sei insbesondere der Beitrag Gesa Köbberlings von der OPFERPERSPEKTIVE BRANDENBURG mit dem Titel „Rechte Gewalt - Beratung im interkulturellen Kontext“. Herausgeber ist der ARBEITSKREIS DEUTSCHER OPFERHILFEN. [ISBN 978-3-531-17290-3]

Die Studie „Jugendliche im Dunkelfeld rechtsextremer Gewalt“ stammt aus der Schweiz. Martin Schmid und Marco Storni stellen hier ihre Ergebnisse der Befragung von Schülerinnen zu Viktimisierungsprozessen und Bewältigungsstrategien vor. Die Frage, ob die Erkenntnisse der Soziologen auch auf hiesige Verhältnisse zu übertragen sind und auch die angewandte Opfertypologie, sind sicher noch weiter zu diskutieren. Doch als erster umfangreicher Forschungsbericht zu diesem Thema im deutschsprachigen Raum ist das beim SEISMO-Verlag erschienene Buch auf jeden Fall lesenswert. [ISBN 978-3-03777-071-9]

LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Regionalbüros:



LOBBI West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
Mobil: 0170.528 29 97
Telefon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Strasse 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.844 21 89
Telefon: 0395.455 07 18
Fax: 0395.455 07 20
ost@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 205040 594
BLZ: 130 50 000

LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg
Vorpommern**
Ministerium für Soziales
und Gesundheit

